

Datum: 28.03.2018
Telefon: 0 233-92469
Telefax: 0 233-24005
Frau Nuß
gabriele.nuss@muenchen.de

Gleichstellungsstelle für Frauen

GS

Konzept Politische Bildungsarbeit

Antrag Nr. 14-20 / A 03592 von Frau Beatrix Burkhardt, 14.11.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V10175

Stellungnahme der Gleichstellungsstelle für Frauen

Zur inhaltlichen Darstellung im Vorlagentext stellt die Gleichstellungsstelle für Frauen fest, dass einerseits ein großer und wachsender Bedarf an politischer Bildung im Schulkontext und an den zugehörigen Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer festgestellt wird, dass aber andererseits geschlechtsbezogene Wirkungen und Bedarfe, so wie gleichstellungsorientierte pädagogische und fortbildnerische Maßnahmen im Themenfeld im Beschluss nicht erwähnt oder dargestellt werden. Im Tätigkeitsbericht (Anlage A) wird auf S. 26 unter 5.3 aufzählend darauf hingewiesen, dass es entsprechend der Zielsetzungen zu politischer Bildung darum gehe, unterschiedliche Lebenslagen sowie soziale Differenzlinien (...) zu berücksichtigen....“.

Das auf Seite 4 zitierte „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ legt fest: „Um sich als mündige Bürgerin und mündiger Bürger am politischen Leben und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen zu können, benötigen die Schülerinnen und Schüler politische Bildung, die unter anderem auch Elemente einer reflektierten Erinnerungskultur enthält.“ (S.7)

Da Mädchen und Frauen aufgrund unserer aktuell wirkenden gesellschaftlichen Geschlechterhierarchie und Rollenerwartung deutlich andere Erfahrungen machen, Themenzugänge entwickeln und Handlungsformen ausbilden als Jungen und Männer, bedarf es aus Sicht der Gleichstellungsstelle für Frauen dringend einer ausdifferenzierten Darstellung aller Zahlen und Maßnahmen im Sinne beider Geschlechter. Ebenfalls sind geschlechterrollenspezifische Dynamiken, Zugänge und pädagogische Ressourcen auch bei den Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer und bei der Auswahl von Referentinnen und Referenten die Basis für gelingende Pädagogik und Kompetenzentwicklung im Bereich Politische Bildung.

Im aktuellen Fortbildungsprogramm des PI sind im Feld Politische Bildung keine gender-relevant ausgewiesenen Angebote ersichtlich. Dies bezieht sich sowohl auf die pädagogische Thematisierung von Demokratiekompetenz als auch auf die Auseinandersetzung mit Opfer- und Täter_innenstrukturen in antidemokratischen, z.B. rechtsradikalen, Kontexten.

Daher bittet die Gleichstellungsstelle für Frauen um die Beantwortung folgender Fragen im Rahmen der Sitzungsvorlage:

- Wie und für welche Altersstufen werden spezifische Frauen- und Männerthemen in den zugehörigen und fächerübergreifend zu bearbeitenden Feldern politische Bildung, politisches Engagement, Rechtsradikalismus und demokratische Teilhabe sowohl historisch als auch in der aktuellen politischen Dynamik behandelt?
- Wie werden Frauenrechtethemen, Sexismus und Gleichstellung als Teil der politischen und politisch-historischen Bildungsarbeit thematisch und pädagogisch im Bereich des Schüler_innenprogramms aufgegriffen?

- Wie stellt der Fachbereich sicher, dass der Genderbezug thematisch und pädagogisch in den Themenstellungen und Maßnahmen zu politischer Bildung querschnittlich behandelt wird und verschiedene Querschnittsthemen nicht zusammengefasst werden, sondern mit ihrem jeweils spezifischen Zuschnitt, ihrer Perspektive und ihrer Fachlichkeit erhalten bleiben?
- Umfasst dies auch vorschulisches Lernen und eine Verknüpfung zum schulischen Ganztags? Hierzu sei ebenfalls das „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ zitiert: „Bereits in vorschulischen Einrichtungen gilt es, kindgerecht die Bereitschaft und Fähigkeit zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft anzulegen und zu fördern. Ab der Grundschule und auch in allen weiterführenden Schularten ist Politische Bildung als fächerübergreifende sowie fachliche Vorgabe in allen Lehrplänen verbindlich verankert.“ Auch hier muss basal auf die Gleichstellung der Geschlechter geachtet werden.
- Inwieweit ist Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung strukturell in Projekten, die auf die Stärkung grundlegender Werte wie Toleranz und Respekt zielen, wie z. B. im Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder „Schule der Vielfalt“ verankert? Hierzu ist ausschließlich im Jahresbericht 2016/ 2017 „Schule der Vielfalt“ (S.15) ein Arbeitsgruppenbeispiel angeführt, jedoch ohne Angabe zur strukturellen Verankerung im Projekt.
- Inwieweit ist die Arbeit zu Auswirkungen von Geschlechterrollen auf politisches Erleben und Handeln in der Zusammenarbeit mit den genannten Kooperationspartner_innen verankert? Das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ weist dazu in seinem Internetauftritt auf das Themengebiet „Weiblichkeit und Männlichkeit – Gesellschaftliche Normen und Rollenvorstellungen“ zu seiner Vermittlung demokratischer Werte, Normen und Handlungskompetenzen hin, aber diese zentrale Aussage findet sich in anderen Kooperationskontexten zu Politischer Bildung eher selten.
- Sind in den verschiedenen Bereichen politischer Bildung strukturell neben gemischtgeschlechtlichen auch geschlechtshomogene Bildungseinheiten vorgesehen?

In Punkt 2.3.3 der Sitzungsvorlage ist der Gleichstellungsstelle für Frauen nicht umfassend ersichtlich, wie die Zusammenarbeit und Verzahnung der zukünftig angedachten Struktur gestaltet wird. Die Gleichstellungsstelle für Frauen bittet darum, zum Thema genderrelevante Perspektiven in der Politischen Bildung ebenfalls in den fachlichen Austausch eingebunden zu werden und über die Ergebnisse der in Aussicht gestellten Abfrage des RBS informiert zu werden, damit, wie im Fazit des Beschlusses beschrieben, Kräfte gebündelt werden können.

Sollte die Stellungnahme nicht in den Vorlagentext eingearbeitet werden können, bittet die Gleichstellungsstelle für Frauen um Beifügung dieser Stellungnahme zur Sitzungsvorlage.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Nuß
Gleichstellungsstelle für Frauen